

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

13. November 2001

EntschlieÙung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

14. WP

A.-Drs. 14 / 641**

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften (BNatSchGNeuregG)

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf wird nicht annähernd seinem Anspruch auf umfassende Novellierung im Hinblick auf eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Naturschutzpolitik gerecht und wird aus nachfolgend aufgeführten Gründen abgelehnt:

1. Die Forderungen nach bundesweit flächendeckender kommunaler Landschaftsplanung und die Ausweitung des Umweltmonitorings führen zu mehr Verwaltungsaufwand und Kosten und binden Personal und Geld, das für praktische Naturschutzmaßnahmen vor Ort besser eingesetzt werden könnte.
2. Die Ausweitungen der guten fachlichen Praxis durch wahllos herausgegriffene Formulierungen parallel zu den Fachgesetzen führen zu mehr Rechtsunsicherheit und doppelte Zuständigkeit von Behörden. Notwendige Veränderungen gehören in das jeweilige Fachrecht. Dabei gilt es, im Rahmen zu vermeidender Wettbewerbsverzerrungen die EU-Normen zu berücksichtigen. Neben einer weiteren Verbürokratisierung führen die jetzigen Anforderungen zu einer Konfrontation im Verhältnis Naturschutz mit den Betroffenen in Land-, Forst-, Jagd- und Fischereiwirtschaft. Durch die jetzt vorgesehene Vorgehensweise werden zudem Förderungsmöglichkeiten der EU bei zahlreichen Umweltprogrammen in den Ländern aufs Spiel gesetzt.
3. Die Schaffung eines Biotop-Verbundsystems muss regionale Unterschiede berücksichtigen und fachlich begründet sein. Der vorgesehen pauschale Umgebungsschutz auf an Schutzgebieten angrenzenden Flächen, ohne klar zu definieren, mit welchen Einschränkungen dies verbunden ist, führt bei Eigentümern, am Planungsrecht der Gemeinden und bei der Infrastrukturentwicklung des ländlichen Raumes zu erheblichen Unsicherheiten.

4. Dem Vertragsnaturschutz ist, wo immer möglich, Priorität einzuräumen. Nur so kann die dringend notwendige Akzeptanz für die unverzichtbaren Belange des Naturschutzes gestärkt und auf Dauer erhalten werden. Naturschutz wird auf Dauer nur im Miteinander mit den vor Ort lebenden und arbeitenden Menschen erfolgreich sein. Vertragliche Vereinbarungen bedeuten Kooperation statt Konfrontation und gerechten Ausgleich für erbrachte Leistungen.
5. Das nahezu nicht mehr durchschaubare Bündel an unterschiedlichen Schutzgebietskategorien muss entflochten und auf wenige, klar definierte Kategorien reduziert werden. Die bisherige Gleichrangigkeit des Tourismus neben dem Erholungszweck bei der Ausweisung von Naturparks soll weiterhin gewährleistet werden.

Hinsichtlich der sportlichen Betätigung in Naturparks darf es nicht zu einer Umkehr der Beweislast kommen.

6. Die vorgesehene Verschärfung der Eingriffsregelung über das seit 1998 geltende Recht hinaus, führt dazu, dass Planung und Planfeststellung von Infrastrukturmaßnahmen weiter erschwert werden. Die Bildung sogenannter Ökokonten bedeutet mehr Flexibilität, darf aber nicht gleichzeitig durch die Formulierung von Fristen zu einer Verschärfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen führen.
7. Der Bund muss seiner Verantwortung bei naturschutzwürdigen Flächen von nationaler Bedeutung stärker gerecht werden. Er muss deshalb nicht nur für Zwecke der Erholung, sondern auch für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege Flächen unentgeltlich bereitstellen. Diese können auch im Rahmen sogenannter Umweltpatenschaften in Eigentum oder Pflege von Naturschutzverbänden übergehen. Der Bund muss seiner Verantwortung auch dadurch stärker gerecht werden, in dem er ausreichende Geldmittel für den praktischen Naturschutz bereitstellt.